

# DER ROTE LÖWE



**ASCHHEIM / DORNACH aktuell**

**AUSGABE FEBRUAR 2007**



*Carola Lampersberger, stellv. Vorsitzende der SPD Aschheim/Dornach*

## **Grußwort**

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Mit der einstweiligen Anordnung und Zulässigkeitserklärung des Bürgerbegehrens durch das Verwaltungsgericht hat der Rechtsstaat auch in Aschheim gesiegt. Es kann und darf in unserer Demokratie nicht sein, dass Mehrheitsfraktionen mit fadenscheinigen Argumenten verhindern können, dass das Volk selber bei wichtigen Entscheidungen zu Wort kommt.

Dieser Gerichtsstreit war so unnötig wie ein Kropf, daran verdienen nur die Rechtsanwälte und Gerichte. Mit ein bisschen juristischem Sachverstand wäre es für die Aschheimer CSU und ihren Bürgermeister ein Leichtes gewesen, das eingereichte Bürgerbegehren als zulässig zu erklären und dann die Bürgerinnen und Bürger entscheiden zu lassen, ob sie ein Möbelhaus mit allen positiven und negativen Auswirkungen wollen, oder nicht.

Darum appelliere ich an Sie: Informieren Sie sich ausführlich über das Für und Wider, über die Argumente beider Seiten und wägen Sie dann ab, was für Sie Priorität haben soll. Gehen Sie zur Abstimmung, nützen Sie Ihr Wahlrecht, leben Sie die im Grundgesetz verankerte Demokratie und erteilen Sie der Bevormundung eine Abfuhr!

Ihre  
Carola Lampersberger

## **BÜRGERBEGEHREN KOMMT!**

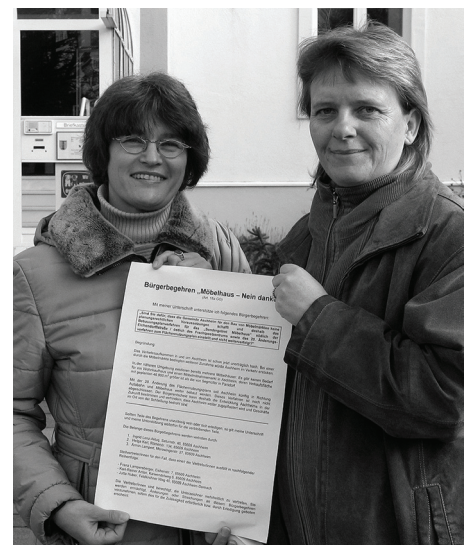
Das Bayerische Verwaltungsgericht München hat am 13. Februar 2007 in einem Beschluss die Gemeinde Aschheim verpflichtet, momentan nichts zu tun, was dem Ziel des geplanten Bürgerbegehrens „Möbelhaus – Nein Danke!“ zuwiderläuft.

Damit hat der Antrag auf einstweilige Anordnung, den die Vertreter des Bürgerbegehrens eingereicht haben, Erfolg gehabt: Das Gericht hat bestätigt, dass der Anspruch auf Sicherung der vom Bürgerbegehren verfolgten Ziele, der nach Einreichung der mehr als 600 gesammelten Unterschriften besteht, von der Gemeinde nicht unterlaufen werden darf. Das Verwaltungsgericht hat gleichzeitig auch die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens bestätigt und die haarsträubende Argumentation der Gemeinde komplett widerlegt.

Es ist traurig, zeitaufwendig und teuer, dass man in Aschheim vor Gericht ziehen muss, um zu seinem Recht zu kommen und feststellen zu lassen, dass die angebliche Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens, die der Bürgermeister von der Mehrheit der Gemeinderäte am 16. Januar hat beschließen lassen, mit Aussagen beschworen wurde, die in unserem Rechtsstaat keinen Bestand haben. Es ist aber auch beruhigend zu wissen, dass man sich außerhalb Aschheims auf eben diesen Rechtsstaat verlassen kann.

Jetzt liegt es beim Gemeinderat, möglichst schnell einen Termin für den Bürgerentscheid anzusetzen, damit endlich die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde darüber entscheiden können, ob sie nun ein Möbelhaus hier ansiedeln wollen oder ob in ihren Augen die künftigen Belastungen schwerer wiegen als die kurzfristige Euphorie darüber, geplante Vorhaben statt hintereinander gleichzeitig ausführen zu können.

Um es ganz klar zu sagen: Selbstverständlich wollen die Initiatoren des Bürgerbegehrens, dass die Gemeinde auch in Zukunft investiert. An oberster Stelle stehen dabei die schnelle Realisierung der seit Jahren geplanten Umgehungsstraße und der Neubau des Dornacher Feuerwehrhauses. Außerdem liegt uns der Ausbau vor allem der sozialen Infrastruktur am Herzen. Worauf wir aber gerne noch ein paar Jahre verzichten, sind Prestigeobjekte wie der sofortige Umbau des Schmidbauerhofs oder eine Luxussanierung des maroden Wasserturms.



*Ingrid Lenz-Aktaş, Carola Lampersberger  
Übergabe Bürgerbegehren*

Wir wollen nicht den Ausverkauf unserer Heimat an rein betriebswirtschaftlich denkende Großinvestoren, sondern eine vernünftige Ortsentwicklung. Darüber sind wir gerne bereit, öffentlich zu diskutieren und wollen deshalb möglichst zusammen mit der Gemeinde eine Podiumsdiskussion organisieren, bei der die verschiedenen Standpunkte nochmals dargelegt werden.

Ingrid Lenz-Aktaş  
Vertreterin des Bürgerbegehrens

## Noch mehr Politikunterricht am Beispiel der CSU!

Nicht nur auf **Landesebene** demonstriert die CSU zurzeit, was sie von (innerparteilicher) **Demokratie** bei der Personalauswahl und demokratischer Willensbildung hält. Auch die **Aschheimer CSU** versucht es ihr gleichzutun, indem sie eindrucksvoll vorführt, wie sie in der Frage eines **Bürgerentscheides** gegen das geplante Möbelhaus **mit dem politischen Gegner** und dem nach **direkter Demokratie** rufenden **Bürger** umgeht!

Mit **Geschäftsordnungstricks**, äußerst überstürzter Einberufung von Sitzungen, deren Tagesordnung zum Teil nur der Verwaltung bekannt ist, und verschiedenen **Überrumpelungsmanövern** und **Verschleierungstaktiken** werden die Gemeinderäte unter Zeitdruck gesetzt und sollen über Vorlagen und Verträge entscheiden, die ihnen nicht einmal in der Sitzung, geschweige denn vor der Sitzung schriftlich und nachlesbar in die Hand gegeben werden. **Transparenz** ist eine **unbekannte Größe** in der Aschheimer Legislative!

Selbst die **CSU-Fraktion** gibt sich überrascht und **bedauert tränenreich**, dass nun leider kein Bürgerentscheid stattfinden könne, den sie doch so gewünscht habe (wo bleibt dann das angekündigte Ratsbegehren?). Um so schlimmer für die CSU-Fraktion, deren Vertreter beim Bürgermeister offenbar auch **weder Transparenz noch Mitwirkung** durchsetzen können, sondern nur als Abstimmungsmehrheit willkommen sind!

Was manche **CSU-Gemeinderäte** aber nicht davon abhält, auch noch kräftig auf die Vertreter der verspoteteten und mit **fadenscheinigen Argumenten** abgekanzelten Minderheit einzudreschen, der sie undemokratisches Verhalten vorwerfen, da sie auch noch mitreden wolle - obwohl sie doch die Minderheit sei - und da sie quasi hinterlistig noch schnell ein **Bürgerbegehren** gegen das Möbelhaus eingereicht habe - obwohl doch bereits eine Bauausschusssitzung einberufen worden sei. Tunlichst verschweigt man dabei, dass eben diese Einladung für den Freitag vor Weihnachten doch schnell noch vollendete Tatsachen schaffen sollte!

Den staunenden Bürgern auf den Zuschauerrängen stockt der Atem, und sie begreifen, welchen Respekt manche unserer gewählten Vertreter dem Volkssouverän zollen. Die nächste Sonntagsrede mit der gebetsmühlenartig wiederholten Klage über die **Politikverdrossenheit**, speziell der jungen Wahlberechtigten, ist sicher schon in Arbeit! Genau diese nehmen in ihrer „Naivität“ die **Möglichkeit der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene** aber noch ernst!

Tiefe Einblicke in das **Demokratieverständnis der CSU** bietet auch das jüngste Flugblatt der Aschheimer CSU zum Bürgerbegehren. Es wird als „Partei-begehren“ (ein Begriff, der unserer Verfassung fremd ist) bezeichnet und sei „nicht aus der Mitte der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde sondern vom SPD-Ortsverband“ gekommen. Die darin enthaltene **Methode der Ausgrenzung** aller, die in der Gemeinde auch nur ihre Meinung kundtun möchten, könnte dem Lehrbuch über Strategien in der politischen Propaganda entnommen worden sein. Jedem **Unterzeichner des Bürgerbegehrens** (und es waren über 500, ein fürwahr großer Ortsverein) wird damit quasi ein **Ausbürgerungsbescheid** zugestellt, außerdem wird unterstellt, er gehöre nicht der Mitte der Gesellschaft an. Die wird in Aschheim natürlich nur von der **CSU** eingenommen! „**Das Dorf sind wir!**“ lautet der Slogan frei nach dem frz. Sonnenkönig, dessen Dynastie aufgrund ihres Hochmutes allerdings auch irgendwann ein unrühmliches Ende fand!

Jedem Bürger ist klar, dass die **Zulassung** eines Bürgerbegehrens **noch keine Entscheidung vorwegnimmt**, sondern erst den **Weg für einen Bürgerentscheid** über das geplante Möbelhaus frei macht, und diese Möglichkeit sollten sich die Bürger durch die durchsichtige Strategie der CSU nicht nehmen lassen!

**Die Auseinandersetzung über die Zulassung eines Bürgerentscheids wird von CSU-Seite ganz offensichtlich nicht mit fairen Mitteln geführt, aber es ist ein Gebot der Selbstachtung, das zumindest nicht kampflös hinzunehmen!**

Verfasst am 1.2.2007

Lilo Trausenecker-Poschenrieder

PS: Der Erfolg der Klage vor dem Verwaltungsgericht lässt mich und vermutlich alle Unterzeichner des Bürgerbegehrens wieder Hoffnung schöpfen, dass wir doch nicht in einer südamerikanischen Bananenrepublik leben, sondern in einem **demokratischen Rechtsstaat**.

**Chronik Möbelhaus**

- **Herbst 2004**  
Erste Anfrage von Lutz-Neubert im Gemeinderat erörtert.
- **Februar 2005**  
Mittlerweile sind zwei Bewerber vorhanden, von denen sich aber nur einer im Gemeinderat präsentiert. In einer öffentlichen Sondersitzung soll entschieden werden, ob ein Möbelhaus auf Aschheimer Flur gebaut werden soll, und wenn ja, welcher Bewerber den Zuschlag erhält. Diese Sondersitzung hat nie stattgefunden!
- **Juli 2005**  
Fünf Monate lang erhielt der Gemeinderat keine Informationen zum Thema Möbelhaus, bis am 19.07.2005 in nichtöffentlicher Sitzung bekannt gegeben wird, dass die Firma Lutz den Baugrund erworben hat und ein Raumordnungsverfahren einleiten wird.
- **August 2005**  
Einleitung des Verfahrens zur 20. Änderung des Flächennutzungsplanes (Standort Möbelhaus).
- **Juli 2006**  
Raumordnungsverfahren der Regierung von Oberbayern abgeschlossen, dabei Billigung der Verkaufsfläche des Randsortiments bis 4.350 Quadratmeter. Bauausschuss beschließt Einleitung des Bebauungsplanverfahrens.
- **August 2006**  
Gemeinderat beschließt Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet „Aschheim, südlich der Eichendorffstraße/ östlich des Frachtpostzentrums – Sondergebiet Möbelhaus“ und Eröffnung des Verfahrens
- **Oktober 2006**  
Beschluss der SPD-Mitgliederversammlung: Umfrage zur Meinung der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Aschheim zum Möbelhaus: Bei mehr als 200 Rückläufen, wovon mindestens 150 gegen das Möbelhaus sein müssen, wird ein Bürgerbegehren gestartet. Sehr schnell gehen über 500 Antworten ein, davon sind 89% gegen das Möbelhaus!
- **November 2006**  
Start der Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren.
- **Dezember 2006**  
Eine Sondersitzung des Bauausschusses jagt die andere. Am 19. Dezember Einreichung des Bürgerbegehrens bei der Gemeinde mit über 600 Unterschriften. Am 22.12. um 12.30 Uhr Bauausschuss-Sondersitzung: Neben der beantragten Teilbaugenehmigung stimmt die Mehrheit auch gleich dem Gesamtbauvorhaben zu. Die SPD-Gemeinderäte beantragen, diese Entscheidung im Gemeinderat zu überprüfen.
- **Januar 2007**  
**16.1.:** Gemeinderat erneuert Teilbaugenehmigung und erklärt das Bürgerbegehren für unzulässig. CSU zieht das von ihr beantragte Ratsbegehren vorerst zurück.  
**18.1.:** Initiatoren des Bürgerbegehrens klagten vor dem Verwaltungsgericht auf Zulässigkeitserklärung des Bürgerbegehrens und beantragen eine Einstweilige Anordnung dazu.
- **13. Februar 2007**  
Das Bayerische Verwaltungsgericht erklärt in der Einstweiligen Anordnung das Bürgerbegehren für zulässig und verpflichtet die Gemeinde, nichts zu tun, was seinen Zielen widerspricht.

**Ein Möbelhaus für Aschheim?**

Möbelhäuser zählen in der Fachsprache zum großflächigen Einzelhandel. Das sind Geschäfte, deren Warensortiment nicht nur der Nahversorgung mit Lebensmitteln usw. dient und die sich idealerweise im Ortskern befinden, sondern das sind große Häuser, deren Kunden nicht nur aus der unmittelbaren Umgebung, sondern aus dem gesamten Umland stammen. Die Regionalplanung sieht vor, dass sich auch der großflächige Einzelhandel nicht auf der grünen Wiese ansiedelt, sondern im Ortsbereich in sogenannten „integrierten Lagen“.

Möbel Lutz will in Aschheim sein geplantes Möbelhaus weit außerhalb des Ortskerns ansiedeln und außerdem auf rund 10 Prozent der geplanten Verkaufsfläche ein sogenanntes Randsortiment anbieten. Was bedeutet das? Zum einen enormen zusätzlichen Verkehr, zum anderen eine Bedrohung für alle kleineren Einzelhandelsgeschäfte sowie alle Lokale in der Umgebung. Mit äußerst preisgünstigen Angeboten von Geschirr über Bettwäsche bis hin zu Geschenkartikeln locken die Möbelhäuser in der Region Kunden an. Für sie ist das Randsortiment und neuerdings auch der Bistro- oder Restaurantbereich die große Einnahmequelle. Ist der Kunde erst einmal im Haus, lässt er erfahrungsgemäß Geld da.

Die enorme Größe des Randsortiments von XXXLutz ist nur deshalb genehmigungsfähig, weil nach den derzeit noch gültigen landesplanerischen Gegebenheiten die Kaufkraft der Münchner bei der Größenberechnung angerechnet werden darf. Bei standortbezogener Betrachtungsweise müsste das Randsortiment auf einige hundert Quadratmeter beschränkt werden. Das ist übrigens der Grund, warum Möbel Biller vor einigen Jahren nicht in Kirchheim gebaut hat. Dort hätte die Kaufkraft der Münchner nicht angerechnet werden dürfen. Kirchheim liegt eben weiter entfernt von München als Dornach und Aschheim, und eine zu kleine Fläche für das Randsortiment wäre für Biller uninteressant gewesen.

Doch soll sich Aschheim der betriebswirtschaftlichen Logik eines Großunternehmens unterwerfen, das maximalen Gewinn aus seiner Investition herausholen will? Soll mit dem Möbelhaus eine Entwicklung eingeleitet werden, die Aschheim bis zur Unkenntlichkeit verändern wird? Wollen wir eine Amerikanisierung unserer unmittelbaren Umgebung? Ich denke nein!

Ingrid Lenz-Aktaş, Kreisrätin und Aschheimerin seit Geburt

**Demokratie lebt vom Mitmachen!**

**Stehen Sie nicht daneben, mischen Sie sich ein!**

Ich möchte gern Mitglied der SPD Aschheim / Dornach werden und bitte um Zusendung einer Beitrittserklärung.

Ich hätte gern nähere Informationen zum SPD Ortsverein.

Schicken Sie mir bitte Einladungen zu Ihren öffentlichen Sitzungen und Veranstaltungen.

Name: ..... Vorname: .....

Straße: ..... E-Mail: .....

PLZ: ..... Wohnort: .....

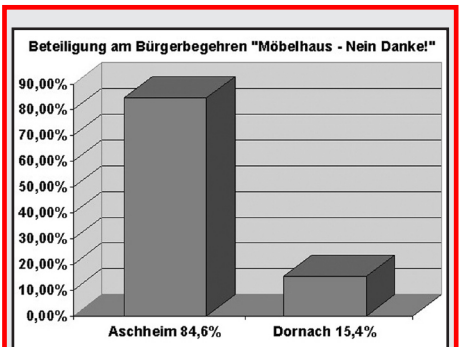
Tel.: ..... Fax: .....

Schicken Sie den ausgefüllten Coupon bitte an:

**Achim Jänsch, SPD-Aschheim / Dornach**  
**Alpenstraße 7, 85609 Aschheim**

oder werfen Sie ihn in unseren Briefkasten am „Kulturellen Gebäude“, Eingang Münchner Straße 8

Nähere Infos auch im Internet unter: [www.spd-aschheim.de](http://www.spd-aschheim.de)



**Wußten Sie schon, dass**

- es nur ein Gerücht ist und nicht der Wahrheit entspricht, dass die große Mehrheit der Unterstützer des Bürgerbegehrens aus Dornach kommt?
- die Gemeinden Feldkirchen und Kirchheim in öffentlichen Sitzungen beschlossen haben, dass sie auf Ihrer Flur kein Möbelhaus ansiedeln würden?
- die Gemeinde plant, den Bürgerentscheid und das mögliche Ratsbegehren an zwei verschiedenen Terminen stattfinden zu lassen? Dies widerspricht dem Grundsatz der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit der kommunalen Haushaltsführung.



**Das liebe Geld...**

Es ist schon ein Kreuz mit dem lieben Geld. Hat man nichts, muss man sich Gedanken machen, wie man etwas bekommt, hat man viel (zu viel) davon, hat man die Qual der Wahl, für was man es ausgeben soll.

Diese Qual war in den letzten Jahren permanenter Wegbegleiter unseres 1. Bürgermeisters. Man denke nur an Feststadl, Wasserturm, Schmidbauerhof....

Doch nun, oh Schreck, sollen plötzlich alle Geldsprudelquellen versiegt sein, die wenigen Rücklagen nur noch für ganz wichtige Projekte verwendet werden dürfen, eine Schuldenaufnahme – und sei sie auch nur für eine begrenzte Zeit – wird als großes Tabu behandelt. Und überhaupt die Gewerbesteuer, der kann man ja gar nicht trauen, heute ist sie hui und morgen pfui.

Ja wirklich, man traut fast seinen Ohren nicht, wenn man heute das ständige Wehklagen unseres 1. Bürgermeisters über die finanzielle Situation der Gemeinde Aschheim hört. Dabei sah es bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Bürgerbegehren „Möbelhaus – Nein danke!“ eingereicht wurde, noch ganz anders aus:

So wurde die östliche Umgehungsstraße mit großem Elan über alle Parteigrenzen hinweg als vorrangig eingestuft, die notwendigen Beschlüsse wurden gefasst, der Finanzrahmen für die nächsten Jahre entwickelt und auch in Dornach wurde nach langen

Jahren endlich das neue Feuerwehrhaus geplant: im Herbst 2006 sollten die ersten Bauarbeiten beginnen, der Finanzrahmen war klar abgesteckt.

Aber nun kamen plötzlich das Möbelhaus und das Bürgerbegehren dazwischen und die (Aschheimer) Welt geriet aus den Fugen: Urplötzlich erfand der Bürgermeister neue lebensnotwendige Projekte, die bei einer Nichtansiedlung des Möbelhauses nicht mehr zu realisieren seien. Dritter Bauabschnitt Betreutes Wohnen, Erweiterung der Kinderkrippen, eine südliche Umgehungsstraße von der Eichendorffstraße zur Münchner Straße, und und und. Alles Projekte, für die dem Gemeinderat bis heute keine Bedarfszahlen vorliegen und die noch nicht diskutiert worden sind. Doch leider fehlt angeblich ohne das Möbelhaus hierzu das nötige Kleingeld. Das Feuerwehrhaus in Dornach wäre dann sowieso abgehakt, die Umgehungsstraße um Jahre verzögert, wichtige Projekte müssten verschoben werden.

Das Streichprogramm würde sich natürlich auch auf die örtlichen Vereine und Organisationen erstrecken, lebensnotwendige Zuschüsse könnten nicht mehr bereitgestellt werden. Selbst freiwillige gemeindliche Leistungen wie Zuschüsse für Energiesparmaßnahmen würden wegfallen!

Was sagt uns das?

Hier wird von Bürgermeister Englmann ein Drohszenario geschaffen, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Die örtlichen Vereine zittern um ihre Zu-

schüsse, die Bevölkerung wird zutiefst verunsichert und man glaubt sich plötzlich von Klotzheim nach Kleinkleckersdorf versetzt.

Es ist schlichtweg falsch und unredlich, wenn Bürgermeister Englmann von 25 Millionen für die Straße spricht, aber nie die Höhe der Zuschüsse hierfür nennt, es ist falsch und unredlich, den Dornachern Angst zu machen, dass sie weder ein Feuerwehrhaus bekommen noch Maßnahmen zur Absenkung der Grundwasserspitzen erfolgen könnten. Das Geld hierfür ist da! Es wird von Bürgermeister Englmann schändlich mit der Angst der Bevölkerung gespielt, um die Verantwortlichen in den Vereinen und Organisationen für seine Zwecke einzuspannen. Es ist unredlich und falsch, wenn Bürgermeister Englmann sagt, alle Investitionen wären nur mit dem Möbelhaus zu stemmen. Das Möbelhaus bringt gerade mal prognostizierte 350.000.- EUR an Gewerbesteuer und diese auch erst dann, wenn die jahrelange Abschreibung der Investitionskosten von geplanten 70 Mio. EUR ausgelaufen ist.

Vielleicht sollte sich der Bürgermeister mal um die Zusage der Zuschüsse für die Umgehungsstraße kümmern. Aus Haar hört man, dass dort bereits eine Zusage über einen Zuschuss von 66% der Kosten für die Umgehungsstraße vorliegt. Dann müssten wir nur noch ca. 8 Millionen selber finanzieren und die Aschheimer Finanzwelt sähe gleich wieder viel rosiger aus.

Ihr Dieter Eberhardt

**Aschheimer SPD-Gemeinderäte erlassen vor Neid**

Mit großem Interesse habe ich vor kurzem in der Süddeutschen Zeitung von der „Informationspolitik“ im Unterföhringer Rathaus gelesen. Dort gibt es drei Tage vor der Gemeinderatssitzung eine „Fraktionsunterrichtung“, in der die Gemeinderäte Hintergrundwissen über die zu verhandelnden Tagesordnungspunkte erhalten.

Außerdem bekommen die Fraktionen schriftliche Unterlagen zu den nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkten zur Einsichtnahme vorgelegt. Zustände, von denen zumindest die SPD-Gemeinderäte in Aschheim nur träumen können.

In Aschheim erhalten die Gemeinderäte, wenn es gut läuft, einen Teil der Sitzungsunterlagen für die öffentlichen Tagesordnungspunkte mit der Einladung fünf Tage vor der Sitzung zugestellt. Allerdings ist es mittlerweile zur Regel geworden, dass selbst am Sitzungstag bis 19.00 Uhr noch weitere Unterlagen nachgereicht werden, die

man dann aber in der Kürze der Zeit nicht mehr durcharbeiten kann. Sehr oft findet man diese wichtigen Informationen sogar erst als Tischvorlage in der Sitzung vor.

Noch schlimmer ist es mit den nicht-öffentlichen Sitzungen. Hier werden die Gemeinderäte in Aschheim im Vorfeld weder über die Tagesordnung informiert noch erhalten sie irgendwelche weitergehenden Informationen. Es ist wohl für jeden Bürger nachvollziehbar, dass sich jeder Gemeinderat schwer tut im nichtöffentlichen Teil, ohne schriftliche Unterlagen, nur vom Hörensagen her immer die richtige Entscheidung zu treffen, vor allem, da die nicht-öffentliche Sitzung in Aschheim meist erst gegen 22.30 Uhr beginnt.

Wenn es die Gemeinderäte in Unterföhring für nötig halten, die Informationspolitik von Bürgermeister Schwarz zu bemängeln, dann haben wir zumindest aus diesem Artikel gelernt, dass wir uns künftig gegen die zutiefst unbe-

friedigende Informationspolitik unseres Aschheimer Bürgermeisters massiv zur Wehr setzen werden. In unserer letzten Fraktionssitzung haben wir beschlossen, künftig an nichtöffentlichen Sitzungen nur noch teilzunehmen, wenn wir im Vorfeld eine inhaltlich konkretisierte Tagesordnung erhalten, die uns lt. Geschäftsordnung auch zusteht.

Carola Lampersberger  
SPD-Gemeinderätin

**Impressum:**  
Ortsverein der  
**SPD Aschheim / Dornach**  
[www.spd-aschheim.de](http://www.spd-aschheim.de)

**Kommissarische Vorsitzende:**  
Carola Lampersberger und Dieter Eberhardt  
Münchner Straße 8, 85609 Aschheim

**Autoren:**  
Ingrid Lenz-Aktaş  
Dieter Eberhardt  
Carola Lampersberger  
Lilo Trausenecker-Poschenrieder

**Druck:**  
W.O.K. Kreuzer GmbH